

14.01.2026

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 6876 vom 17. Dezember 2025
der Abgeordneten Henning Höne und Ralf Witzel FDP
Drucksache 18/17141

Konferenz „Modernisierungsagenda für Deutschland – Wo stehen wir?“ auf Kosten der Steuerzahler – Wann erfolgen welche konkreten Veränderungen nach der PR von Ministerpräsident Hendrik Wüst im Land Nordrhein-Westfalen?

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Mit ihrer Presseinformation „Modernisierungsagenda für Deutschland – Ministerpräsident Hendrik Wüst lädt zu Gipfel für eine zukunftsfähige Bundesrepublik in Berlin“ informiert die Staatskanzlei am 24. November 2025 über ein prominentes Podium in der Landesvertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund. Im Mittelpunkt der Konferenz steht das Thema Staatsmodernisierung. Es sollen Reformpläne diskutiert werden, um das Land moderner und wettbewerbsfähiger zu gestalten.

Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Journalismus und Wissenschaft setzten sich im Rahmen dieser Konferenz unter anderem mit den Ansätzen der „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“ auseinander. Unter der Leitung von Medienmanagerin und Aufsichtsrätin Julia Jäkel, den früheren Bundesministern Peer Steinbrück und Dr. Thomas de Maizière sowie dem ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle legte die unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten Dr. Frank-Walter Steinmeier befindliche Initiative im Juli 2025 ihren Abschlussbericht vor. Weitere Programmpunkte der Konferenz befassten sich mit Ansätzen für Verfahrensbeschleunigungen, der Rolle der Länder und Kommunen, dem digitalen Staat der Zukunft sowie der Modernisierung des öffentlichen Dienstes.

Bemerkenswert ist, dass es sich bei den vom Ministerpräsidenten geladenen Gästen aus der Politik fast ausschließlich um Vertreterinnen und Vertreter der Unionsparteien handelte. Es liegt auf der Hand, dass die Erarbeitung einer Reformagenda mit dem Ziel der Staatsmodernisierung fachlich von der Anwesenheit von und dem Diskurs mit Vertreterinnen und Vertretern weiterer Parteien profitiert. So unterstützenswert viele der von Ministerpräsident Wüst vorgestellten Ideen und Konzepte auch sein mögen – es verbleibt leider der Eindruck einer großen PR-Show auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ohne wirklich neuen Erkenntnisgewinn oder eine Umsetzungsperspektive.

Während sich Ministerpräsident Hendrik Wüst in Berlin gern gemeinsam mit Parteifreundinnen und Parteifreunden als großer Reform- und Modernisierer im Bund inszeniert, ist in Nordrhein-Westfalen von einer Beschleunigung wenig zu spüren. Trotz etlicher Initiativen der FDP-

Datum des Originals: 13.01.2026/Ausgegeben: 20.01.2026

Landtagsfraktion mit konkreten Vorschlägen für eine Modernisierungsagenda, beispielsweise zur Reduzierung von unnötigen Auflagen, Vereinfachungen in der Landesbauordnung, der Verschlankung des Förderwesens, Beschleunigungen von Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie zur Modernisierung des öffentlichen Dienstes¹, herrscht in Nordrhein-Westfalen unter der Ägide der schwarz-grünen Landesregierung bedauerlicherweise unverändert eine weitgehende Stagnation vor.

Bezeichnend ist in dem Zusammenhang auch die Antwort auf die Kleine Anfrage 6118 der FDP-Landtagsfraktion, in der es wörtlich heißt (siehe LT-DS 18/15811, S. 4):

„Die Landesregierung setzt sich für eine moderne Verwaltungskultur ein, die auf Vertrauen in die Bürgerinnen und Bürger sowie auf effiziente Lösungen setzt. Ausdruck dieses Kulturwandels ist insbesondere die Initiative zum Bürokratieabbau, die den Abbau von Berichtspflichten, die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und die Vereinfachung von Förderverfahren umfasst.“

Weshalb dennoch bislang zahlreiche der seitens der FDP-Landtagsfraktion vorgeschlagenen Initiativen nicht in die Tat umgesetzt worden sind, bleibt offenbar das Geheimnis dieser Landesregierung.

Umgekehrt sind die letzten Wochen und Monate leider eher von der Einführung zusätzlicher schwarz-grüner Bürokratie geprägt. Durch das neue Tarifentgeltsicherungsgesetz wächst der Erfüllungsaufwand in der Wirtschaft, und durch das neue Landesantidiskriminierungsgesetz entsteht neue Bürokratie bei Staat, auch wenn es quasi keine Fallzahlen gibt, die diese neue Regulierung als Sonderweg des Flächenlandes Nordrhein-Westfalen rechtfertigen würden. Parallel sind gerade erst etliche neue Meldestellen entstanden, die zukünftig sogar unterhalb der Schwelle des rechtlich Unzulässigen immer mehr Meinungsäußerungen dokumentieren und analysieren sollen.

Der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien und Chef der Staatskanzlei hat die Kleine Anfrage 6876 mit Schreiben vom 13. Januar 2026 namens der Landesregierung beantwortet.

1. Aus welchen einzelnen Gründen erhofft sich die Landesregierung mit ihrer Konferenz „Modernisierungsagenda für Deutschland“ einen Anstoß für eine länder- und parteiübergreifende Staatsreform, wenn das Programm der Konferenz größtenteils mit Unionsvertreterinnen und -vertretern besetzt ist?

Die Auswahl der Panelteilnehmerinnen und -teilnehmer erfolgte nicht nach Parteizugehörigkeit – zumal diese bei mehreren Panelteilnehmerinnen und -teilnehmern nicht bekannt ist. Einge-laden waren Vertreter der Bundesregierung, der Landesregierung, der „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“ sowie weitere Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Gesellschaft, Journalismus und Wissenschaft. Zu den Panelteilnehmerinnen und -teilnehmern

¹ Z.B. LT-DS 18/9717 (Wirtschaftswende), LT-DS 18/14532 (Brückensanierung), LT-DS 18/13160 (Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung Verkehrsinfrastruktur), LT-DS 18/10878 (Planungsturbo Straßenplanung), Beschleunigung am Bau (LT-DS 18/12733), LT-DS 18/10882 (Experimentelles Bauen), LT 18/4355 (Nutzerzentrierte Digitalisierung), LT-DS 18/1669 (OZG-Reform), LT-DS 18/4350 (Digitaler Bauantrag), LT-DS 18/1663 (Digitale KfZ-Zulassung), LT-DS 13159 (Konsolidierung Förderlandschaft), LT-DS 18/4571 (Attraktiver öffentlicher Dienst); LT-DS 18/5422 (KI in der Verwaltung); LT-DS 18/10525 (Leistungsorientierung im öffentlichen Dienst); LT-DS 18/11326 (Weiterbildung im öffentlichen Dienst).

gehörten unter anderem auch Peer Steinbrück (SPD), Andrea Nahles (SPD) sowie Alexandra Gauß (Bündnis 90 / Die Grünen).

2. ***Genau welche einzelnen Kosten hat der Steuerzahler in Summe für die Konferenz „Modernisierungsagenda für Deutschland“ zu tragen? (Detaillierte Aufstellung aller insgesamt angefallenen Ausgaben erbeten)***
3. ***Für namentlich welche Gäste bzw. Referentinnen und Referenten aus Politik, Wirtschaft, Journalismus und Wissenschaft sind im Kontext der Konferenz „Modernisierungsagenda für Deutschland“ Honorare geflossen? (Bitte unter Angabe der jeweiligen Höhe)***

Die Fragen 2 und 3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet: Die Veranstaltung ist noch nicht final abgerechnet. Für Gäste bzw. Referentinnen und Referenten aus Politik, Wirtschaft, Journalismus und Wissenschaft wurden keine Honorare gezahlt, sondern – wie üblich – nur für die Moderation.

4. ***Aus jeweils welchen Gründen hat die Landesregierung maßgebliche Bestandteile und Vorschläge einer echten „Modernisierungsagenda“, beispielsweise Erleichterungen bei Berichtspflichten, Vereinfachungen in der Landesbauordnung, Beschleunigungen von Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie die grundlegende Modernisierung des öffentlichen Dienstes trotz zahlreicher inhaltlich ähnlicher Initiativen der FDP-Landtagsfraktion in ihrer bisherigen Amtszeit nicht umgesetzt?***
5. ***Zu jeweils welchen Zeitpunkten ist die Einbringung konkreter Umsetzungsvorschläge für die einzelnen Bestandteile der Modernisierungsagenda in Nordrhein-Westfalen seitens der Landesregierung geplant?***

Die Fragen 4 und 5 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Die Landesregierung wird die, maßgeblich auf eine Initiative Nordrhein-Westfalens zurückgehende, Föderale Modernisierungsagenda – soweit eine Zuständigkeit des Landes gegeben ist – zeitgerecht umsetzen. Hierzu gehört auch die Einbringung entsprechender Gesetzentwürfe beim Landtag. In der laufenden Legislaturperiode hat die Landesregierung bereits eine Vielzahl von Gesetzentwürfen mit dem Ziel der Staatsmodernisierung beim Landtag eingebracht, u.a.:

- Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher und weiterer Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen;
- Gesetz über die Errichtung des Landesamtes für Gesundheit und Arbeitsschutz Nordrhein-Westfalen sowie zur Novellierung landesrechtlicher Vorschriften über den öffentlichen Gesundheitsdienst und den Arbeitsschutz;
- Fünftes Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen;
- Erstes Gesetz zur Änderung des Landesreisekostengesetzes;
- Zweites Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung 2018;
- Gesetz zur Änderung verwaltungsverfahrenrechtlicher, verwaltungsvollstreckungsrechtlicher und kostenrechtlicher Vorschriften.

Darüber hinaus hat die Landesregierung am 12. November 2024 ein erstes Beschleunigungs- und Entlastungspaket beschlossen.